



Neoklassizismus am Rheinufer: Im Düsseldorfer Behrensbau, der ehemaligen Mannesmann-Zentrale, könnte das Haus der NRW-Geschichte entstehen.

FOTO: DPA

NRW-Historie am Ufer des Rheins

Haus der Geschichte: Die Pläne für das Großprojekt kommen voran. Landtagspräsident Kuper schlägt ein Neoklassizismus-Gebäude neben der Staatskanzlei als Standort vor. Es war einst die Mannesmann-Zentrale

Von Lothar Schmalen

■ **Düsseldorf.** Es ist der ehrgeizigste Plan von Landtagspräsident André Kuper (CDU) aus Rietberg, Nordrhein-Westfalen soll ein Haus der Geschichte bekommen. Nach Baden-Württemberg (seit 2003) und Bayern (das dortige Geschichtsmuseum soll in Kürze in Regensburg eröffnet werden) wäre NRW erst das dritte Bundesland, das neben dem Haus der Geschichte der gesamten Bundesrepublik in Bonn ein solches Haus der Landeshistorie bekommen soll.

Geht es nach Kuper und der 13-köpfigen Planungsgruppe „Geschichte, Politik und Demokratie Nordrhein-Westfalen“, soll das Haus der Geschichte in einem neoklassizistischen Gebäude neben der NRW-Staatskanzlei am Ufer des Rheins entstehen. Das 1912 nach den Plänen des Architekten Peter Behrens (1868-1940) fertiggestellte Gebäude war einst die Zentrale des Düsseldorfer Mannesmann-Konzerns. Das Haus (sechs Geschosse auf 11.000 Quadratmetern Nutzfläche) gehört dem Land und steht seit 2012 leer.

Jetzt hat Kuper Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) gebeten, das Gebäude für ein Haus der Geschichte freizugeben. Bislang gab es nach Informationen dieser Zeitung Überlegungen, in dem Gebäude ein Ministerium unterzubringen.

Mit seinem Vorschlag greift Kuper eine Anregung des letzten Aufsichtsratschefs des 2001 aufgelösten Mannesmann-Konzerns, Joachim Funk, auf. Der hatte Anfang des Jahres das Gebäude empfohlen. Mit einer Nutzung als „Haus der Geschichte“ würde sich ein Kreis schließen. In dem Behrensbau residierten nach dem Krieg

mangels anderer verfügbarer Verwaltungsbauten die ersten Ministerpräsidenten des neu gegründeten Bundeslandes, Rudolf Amelunxen und Karl Arnold.

Nur die Außenhülle, das Treppenhaus und die Flure des Gebäudes stehen unter Denkmalschutz, so dass es im Inneren im Sinne eines musealen Komplexes flexibel zu gestalten sei, so Kuper in seinem Brief an Laschet.

Kuper realisiert mit dem Projekt ein Vorhaben, das im schwarz-gelben Koalitionsvertrag vereinbart worden ist, über das es aber auch einen Konsens mit den Oppositionsfrak-

tionen SPD und Grüne gibt. Alle vier Fraktionen sind in der Planungsgruppe vertreten, lediglich die AfD ist außen vor. Dass das Projekt vom zur Neutralität verpflichteten Landtagspräsidenten betrieben wird, ist möglicherweise das Erfolgsrezept. Das „Haus der Geschichte“ solle nicht die Historie nur aus der Sicht einer Landesregierung darstellen, sagt Kuper. So könne das Projekt aus dem Parteienstreit herausgehalten werden – anders als beispielsweise in Baden-Württemberg, wo das „Haus der Geschichte“ ein Projekt der Landesregierung war.

Neben der Standortfrage

Großprojekt

■ Das „Haus der NRW-Geschichte“ ist das wohl größte Projekt von Landtagspräsident André Kuper. Kuper greift eine Idee auf, die schon der ehemalige Ministerpräsident Johannes Rau (1978-1998) und der frühere Landtagspräsidenten Eckhard Uhlenberg (2010-2012) hatten.



Treibt das Projekt voran: Landtagspräsident André Kuper.



Leiter der Planungsgruppe: Historiker Guido Hitz.

Mehr Holz und mehr erlegte Tiere

Forst: Die 18.000 Hektar Staatswald in NRW dienen zur Erholung, speichern CO₂ und sind Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Doch wie geht es dem Wald? Der Nachhaltigkeitsbericht des Landesbetriebs Wald und Holz offenbart die größten Probleme

Von Florentine Dame

■ **Düsseldorf/Herford.** Anders als ein Wirtschaftsunternehmen geht es einem Förster im Staatswald nicht um Gewinnmaximierung, sondern um stabile Verhältnisse: Der daher „Nachhaltigkeitsbericht“ getaufte Geschäftsbericht für 2017 des Landesbetriebs Wald und Holz gibt Auskunft über Holzerlöse, Jagdmengen und sonstige Tätigkeiten im Staatswald, der gestern in Herford vorgestellt wurde.

WALD IN NRW

Insgesamt sind 27 Prozent der Landesfläche mit Wald bedeckt, etwas weniger als im Bundesdurchschnitt. Knapp zwei Drittel der Wälder in NRW sind Privateigentum – eine nordrhein-westfälische Besonderheit. Nur 13 Prozent der bewaldeten Fläche gehören damit dem Land. Mehr als

die Hälfte dieser Staatswaldfläche unterliegt besonderem Schutz, etwa Naturschutzgebiete, der Nationalpark Eifel oder Wildnisgebiete.

HOLZERLÖSE

Einen Großteil seiner Einnahmen erwirtschaftet der Landesbetrieb über die Vermarktung von Holz. Gute Nadel-

holzpreise haben die Umsätze um 4,7 Prozent auf 31,9 Millionen Euro steigen lassen. Stark nachgefragt sind vor allem Fichtenstämme. Auch die Eiche aus dem Staatswald war nach wie vor sehr begehrt. Wie in den Vorjahren wurden im landeseigenen Forstbetrieb 540.000 Kubikmeter nutzbares Holz geschlagen.

KLIMA

Extreme Trockenheit in den vergangenen Monaten, davor Stürme wie zuletzt Orkan Friederike vor gut einem halben Jahr: „Der Klimawandel ist für Jahrzehnte wohl die größte Herausforderung für die Wälder in NRW“, sagt der Leiter des Landesbetriebs, Andreas Wiebe. Dies gelte gleich doppelt: Einerseits müsse der Wald klimastabil umgebaut werden. Dies geschieht zum Beispiel, dadurch, dass Fichten nach und nach durch Weißtannen und Douglasien ersetzt werden, die mit den wärmeren Temperaturen besser zurechtkommen. Andererseits speichern Wälder große Mengen des CO₂. Allein im Staatswald NRW sind es mehr als zwei Millionen Tonnen.

JAGD

Um die Afrikanische Schweinepest einzudämmen, haben die Jäger im NRW-Staatswald

wieder mehr Tiere erlegt. In der abgelaufenen Jagdsaison wurden über 3.100 Wildschweine geschossen. Das sind 45 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Damit wollen die Förster der Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest vorbeugen, die seit einigen Jahren vor allem in Osteuropa auftritt. Der Erreger tritt bei Haus- und Wildschweinen auf, für den Menschen gilt er als ungefährlich. Auch die Landwirte wollen die Wildschweinpopulation begrenzen, weil die Tiere ihre Felder beschädigen.

Weil sie junge Bäume abfressen und Baumrinden beschädigen können, ist auch die Jagd auf Rehe, Hirsche und Muffelwild in Nordrhein-Westfalen wieder leicht verstärkt worden: 6.300 waren es im vergangenen Jagdjahr. Im Jahr davor waren rund 200 Tiere weniger getötet worden. 2014/15 waren es sogar nur 5.200 Wiederkäuer.



Wildschwein im Wald: Um Bäume zu schützen und die Schweinepest einzudämmen, haben die Jäger in NRW mehr Tiere erlegt. FOTO: DPA

Kanal-Tüv: Lippe will nicht zuständig sein

Dichtheitsprüfung: Kreisverwaltungen in ganz NRW drohen nach Urteil zusätzliche Arbeit

Von Ulf Hanke

■ **Bielefeld.** Ein Urteil des Verwaltungsgerichts Minden zur Dichtheitsprüfung NRW sorgt für Stirnrünzeln in der Verwaltung des Kreises Lippe. Die Behörde befürchtet zusätzliche Arbeit ausgerechnet in einem Bereich, in dem sich eigentlich die Stadtwerke vor Ort bestens auskennen: dem Kanal-Tüv. Der Städte- und Gemeindebund NRW unterstützt den Berufungsantrag.

Ein Kläger aus Blomberg im Kreis Lippe hatte gegen die Androhung eines Zwangsgeldes der Stadtwerke Blomberg geklagt und vor wenigen Wochen Recht bekommen. Die Stadtwerke wollten durchsetzen, dass der Hauseigentümer die Bescheinigungen zum Kanal-Tüv vorlegt. Die Richter argumentieren jedoch: nicht etwa die Kommune vor Ort ist für die ordnungsrechtliche Durchsetzung zuständig, sondern die unteren Wasserbehörden, also der Kreis oder kreisfreie Städte.

Die Stadt Blomberg und der Kreis Lippe wollen das Urteil anfechten, das geht aus einer gemeinsamen Presseerklärung hervor. Das Rechtsamt des Kreises Lippe vertritt die Stadt als Prozessbevollmächtigter. Aus Sicht von Blomborgs Bürgermeister Klaus Geise ist das „ein Beitrag zur baldigen und abschließenden rechtlichen Klärung dieses Themenbereichs in ganz NRW“.

Das Urteil bedeutet für die Stadtverwaltung einen ganzen

Haufen Ärger weniger. Das sieht auch Bürgermeister Geise so: „Eigentlich könnten wir als Kommune froh sein, wenn die Sachbearbeitung zum Kreis Lippe wandern würde.“ Allerdings bleibe die Stadt weiterhin dem Land gegenüber verantwortlich. Es droht eine Doppelzuständigkeit.

Der Kreis Lippe wiederum befürchtet „höheren Verwaltungsaufwand“, so Pressesprecher Steffen Adams: Der Kreis müsste mit eigenem Sachverständigen die Abwasserkanäle technisch beurteilen und mögliche Klageverfahren betreuen.

Peter Queitsch vom Städte- und Gemeindebund NRW unterstützt den Blomberger Berufungsantrag und verweist auf Regelungen in anderen Bundesländern. In Niedersachsen und Bayern hätten Gerichte die Zuständigkeit zur Durchsetzung des Kanal-Tüvs ausschließlich bei den Kommunen vor Ort gesehen.

Der Rechtsanwalt des Blomberger Hausbesitzers war nicht überrascht von der Ankündigung des Kreises Lippe. „Die Umsetzung würde einen Haufen Arbeit für den Kreis bedeuten“, sagte Willi Broshinski. Der Fachanwalt für Verwaltungsrecht aus Minden vertritt zwei weitere Klagen in Sachen Kanal-Tüv. Beide scheiterten in Minden. Beide Kläger wollen aber ebenfalls in Berufung gehen. Das Oberverwaltungsgericht Münster wird sich also erstmals mit drei Klagen aus Lippe zum NRW-weiten Kanal-Tüv beschäftigen.

Opfer nach Amokfahrt von Münster gestorben

Fünf Opfer: Monate später hat die unverständliche Tat eines Autofahrers noch entsetzliche Folgen

Von Stella Venohr

■ **Münster.** Fast vier Monate nach der Amokfahrt von Münster ist ein weiteres Opfer gestorben. Der 56-Jährige erlag nach Angaben der Polizei in einem Krankenhaus seinen Verletzungen. Der Niederländer hatte im künstlichen Koma gelegen. Damit ist die Zahl der Toten auf insgesamt fünf Menschen gestiegen, den Täter eingerechnet.

Anfang April hatte der 48 Jahre alte Jens R. in der Altstadt von Münster einen Campingbus in eine Menschenmenge vor einer beliebigen Gaststätte gelenkt. Danach hatte er sich im Wagen erschossen. An dem Tag des Verbre-

chens waren außer ihm zwei Opfer gestorben. Mehr als 20 waren verletzt worden – Ende April war dann einer der Verletzten gestorben.

Die Ermittler gehen davon aus, dass Jens R. in Suizidabsicht handelte. Die Behörden in Münster kannten den späteren Amokfahrer bereits – es hatte nach Angaben der Stadt in den vergangenen Jahren mehrere, wenngleich kurze Kontakte gegeben.

Der Vater des 48-Jährigen nimmt an, dass ein psychisches Leiden seinen Sohn zu der Amokfahrt trieb. Diese Krankheit habe ihn in zwei Welten leben lassen, sagte er. Sein Sohn habe an „Verfolgungswahn“ gelitten.

NRW-Schulministerin für längere Pfingstferien

Freizeit: Yvonne Gebauer (FDP) wird das Thema in der Kultusministerkonferenz ansprechen

■ **Düsseldorf (Inw).** Für eine Verlängerung der Pfingstferien in Nordrhein-Westfalen will sich Landesschulministerin Yvonne Gebauer (FDP) einsetzen. „Die Zustimmung dazu ist groß und ich unterstütze das ausdrücklich“, sagte Gebauer.

Sie werde das Thema Ferienregelung in der Kultusministerkonferenz ohnehin ansprechen, denn es gebe viele Fragen, die grundsätzlich einmal zwischen den Ländern besprochen werden müssten, wie beispielsweise auch der Ferienbeginn. „Warum haben Bay-

ern und Baden-Württemberg immer zum letztmöglichen Zeitpunkt Sommerferien?“, fragte die Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) hinzu: „Hier meine ich, dass es zu neuen Regelungen kommen muss“. Diese durchzusetzen sei aber „ein dickes Brett“, die anderen Bundesländer hätten auch ihre Interessen.

Kurzfristig sei eine Änderung ohnehin kaum möglich. „Die Ferienpläne stehen bis 2023/2024 fest, und daher wird es hier keine schnellen Entscheidungen geben können“, sagte Gebauer.